

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Expedition: Gerberstraße 1.
Schrifträte: Dr. W. W. Müller & Dr. W. Weiß.
Telegraph: Dresden Nr. 1200 am 1.

Redaktion: Ammonstr. 61.
Schriftzeitung aus dem 12. bis 1. Uhr Mittag.
Verleger: Dr. W. Weiß.

Die Sächsische Arbeiter-Zeitung erfreut sich öffentlich jedem, mit den Zeitungen "Ruh der Arbeit" und "Frauen-Voß". Preis monatlich 60 Pf., Bringerlohn 20 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2 M. 50 Pf.

Nr. 236.

Magazin für praktische Politik über
den Raum 15 M.

Dresden, Donnerstag den 10. Oktober 1895.

Bei Reparatur zu schließen
Kaufmännische Ausbildung Sachsen.

6. Jahrg.

Die Jahres-Versammlung des schweizerischen Grüttli-Vereins.

Bug, den 6. Oktober.

Der schweizerische Grüttli-Verein, der stärkste politische Verein in der Schweiz, hat gestern und heute hier seine alljährliche Delegiertenversammlung abgehalten, die von 120 Delegierten aus 90 Städten besucht war. Das prächtig am See gelegene Städtchen ist zu Ehren der Delegierten auch festlich besetzt und die Sitzeungen fanden im Grosstheater (Kantonsaal) statt; hier sahen die Proletarier auf den reichgepolsterten Divans und Sesseln, auf denen sonst die Burger Volksreicher das Wohl des Kantons vertraten. Den Verhandlungen wohnten mehrere Spiegele noch an der Behörden bei, die schweizerischen Gewerkschaften, welche im Grüttli-Verein organisiert sind, kamen ganz unter sich als "Rote" den Leitung der kapitalistischen Gesellschaft berathen. Dagegen war am gestrigen Mittwochabend ein Vertreter der Regierung, Regierungsrat Moos, der im Namen seiner Kollegen die Delegierten begrüßte, die Demokratie feierte, erklärte, dass nur auf dem Boden derselben die soziale Frage friedlich gelöst werden kann, und wünschte den Delegierten der Delegiertenversammlung bestes Erfolg. Am Schlusse des Bankette spendete die Regierung einen guten Neuenburger als Ehrenwein.

Um den zweitägigen Verhandlungen erinnern wir nur die wichtigsten Beschlüsse. Dem in Chaux de Fonds erscheinenden Parteiblatt "La Sentinel" wurde eine Jahresabvention von 300 Franken bewilligt. Seit Jahren steht die Frage betreffend Gründung eines Vereinskreises zur Diskussion. Die Versammlung erhielt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung erachtet das Zentralkomitee in Verbindung mit den Komitees der anderen organisierten Arbeiterschaft die einleitenden Schritte zu thun, um eine Revision einer Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes, wobei vor Atem auch auf die Einführung des zehntägigen Maximalarbeitszeitages zu dringen ist.

Über die Nebenstände im Unfallwesen referierte in vorsichtiger Weise Genosse Greulich, der die wahre Schwierigkeit mancher privaten — namentlich französischer — Unfallversicherungsgeellschaften beleuchtete und ferner die Parteilichkeit der meisten Aerzte, die den Interessen der Gesellschaften näher stehen als den Arbeitern gebührend kennzeichnete. Dr. Benz von Winterthur meinte, dass der Kanton zahlmäßig nach, das von vielen Industriegebieten ein mehr oder minder großer Teil hausindustriell betrieben wird und die so beschäftigten Arbeiter der Wohlhaben des Fabrikgesetzes verlustig gehen. Er hoffte aus, dass diese Arbeiterkategorien am Leben erhalten würden, wie die Gewerbegehilfen auch durch ein schweizerisches Gewerbegebot. Er dankte daher, darauf hinzuweisen, dass die schweizerische Gewerbegebotsgabe wieder an die hand genommen wird und mit ihr auch die obligatorischen Berufsgenossenschaften eingeführt

werden. Außerdem soll in den Kantonen von der organisierten Arbeiterschaft auf die Schaffung von Spezialgesetzen zum Schutz der nicht dem Fabrikgebot unterliegenden Arbeiter, Arbeiterrinnen und Kindern hingewirkt werden. Sodann referierte Mettier über die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren. Er gab eine Übersicht über die Geschichte und Wirklichkeit des Fabrikinspektoren in der Schweiz und im Auslande, über die Beschäftigung der Arbeiterrinnen, deren unter dem Eidgenössischen Fabrikgesetz etwa 80.000 stehen, annahmend die Hälfte der gesammelten Fabrikarbeiterinnen. Mettier glaubt, dass weibliche Aufsichtsbeamte viel nützen könnten. Auch im Auslande, wo solche bereits angestellt sind, haben sie sich bewährt. Er beantwortete am Schlusse seiner Ausführungen die Anfrage nach erheblich zu erkennen, die selbe dem Zentralkomitee zu weiterer Verfolgung zu überweisen und die organisierten Arbeiterrinnen zu ihrer beuglichen Enquete zu veranlassen. In einiger Abweichung von diesem wurde eine von Dr. Huber von Winterthur empfohlene Resolution angenommen: Die heutige Versammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung erachtet das Zentralkomitee in Verbindung mit den Komitees der anderen organisierten Arbeiterschaft die einleitenden Schritte zu thun, um eine Revision einer Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes, wobei vor Atem auch auf die Einführung des zehntägigen Maximalarbeitszeitages zu dringen ist.

Über die Nebenstände im Unfallwesen referierte in vorsichtiger Weise Genosse Greulich, der die wahre Schwierigkeit mancher privaten — namentlich französischer — Unfallversicherungsgeellschaften beleuchtete und ferner die Parteilichkeit der meisten Aerzte, die den Interessen der Gesellschaften näher stehen als den Arbeitern gebührend kennzeichnete. Dr. Benz von Winterthur meinte, dass der Kanton zahlmäßig nach, das von vielen Industriegebieten ein mehr oder minder großer Teil hausindustriell betrieben wird und die so beschäftigten Arbeiter der Wohlhaben des Fabrikgesetzes verlustig gehen. Er hoffte aus, dass diese Arbeiterkategorien am Leben erhalten würden, wie die Gewerbegehilfen auch durch ein schweizerisches Gewerbegebot. Er dankte daher, darauf hinzuweisen, dass die schweizerische Gewerbegebotsgabe wieder an die hand genommen wird und mit ihr auch die obligatorischen Berufsgenossenschaften eingeführt

Mit Interesse wurde der Verhandlung der am 3. November zur Volksabstimmung gelangenden Militärartikel entgegengesehen. Der Referent Dr. Huber von Winterthur empfahl in längrem Referat Annahmebedürfnis. In der Diskussion wurde über zum Theil entschiedene Stellung dagegen genommen und außerdem scharfe Kritik an den von gewissen Geigern, Offizieren und Söldnern — à la Gericke — gezeichneten Ausdrückungen des Militärartikels geübt. Genosse Fürholz von Solothurn teilte eine Resolution des sozialdemokratischen Parteikomitees mit, wonach es den Genossen freigesetzt wird, dafür aber da gegen zu stimmen. In letzterem Sinne wurde auch beschlossen. Damit waren die Verhandlungen erschöpft.

Am Nachmittag sprachen noch in öffentlicher Versammlung Genosse Seidel und Kaufmann Gauck von Basel über die Eisenbahnerstaatlichkeit und Dr. Zoë über Colonisation.

Um Sonnabend spandete der Regierungsrat zum Mittagessen in reichlichem Weine Ehrenwein und Regierungsrat Moos begrüßte im Rahmen der Regierung die Delegierten, weiter ausführend, dass nur auf dem Boden der Demokratie die soziale Frage friedlich gelöst werden kann. Er versicherte, er ist Mitglied des Grüttli-Vereins —, dass der Kanton Bug auch in Zukunft in den Reihen der sozialdemokratischen Kantone marschiere und münste schließlich den Verhandlungen besten Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus und erhebt dem Zentralkomitee den Auftrag, an die Bundesbehörde eine Eingabe zu machen, in welcher die Beurteilung der Frage verlangt wird, ob nicht das Fabrikinspektorat durch weibliche Fabrikinspektoren zu ergänzen ist. In seinem Referat über die Revision des Fabrikgesetzes wies Mettier auf die bisherige Erfolgslosigkeit aller begänglichen Schritte in der Bundesversammlung hin, woraus die Überzeugung geschöpft werden muss, dass neue Schritte in der Frage keinen besseren Erfolg haben werden. Er sei nun für ein gründliches Studium der Frage, die Sammlung von einschlägigem Material aus dem In- und Auslande und systematisches Wirken, um dann, gut vorbereitet, endlich zum Biele zu gelangen. Er beantragte folgende Resolution, welche auch die Delegierten zustimmen: Die Delegiertenversammlung spricht sich für die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren aus

schloss auf Grund kommissioneller Beratung dem
Vorlage des Volksvereins auf Einführung der
Befreiheitsfreiheit im den Volksräten nicht stattzugeben. Der wohlhabende Magistrat befürchtet,
dass infolge einer solchen Maßregel 100 000 M.
jährlich mehr ausgegeben werden müssten! Die
Nürnberg Stadtregierung führt eins der real-
tionärsten Regimenter im ganzen Reich. Es ist
allein über nennst sie sich unentwegt "feindselig".
Und mit Recht. Denn der Feind, wenn er erst
zur Herrschaft gekommen ist, kann nichts besser,
als etwas der Konservativität.

— Gegen die christlich-sociale Resolution,
die in der letzten, auch von uns gemeldeten
Städterversammlung in Berlin angenommen
wurde und die sich sehr scharf gegen die so-
genannten Mittelparteien wandte, wendet sich jetzt
ebenfalls mit Schärfe, die Roedd. Allg. Blg.:

Die Resolution unterschlägt mit ihrem vagen
Reformprogramm die sozialdemokratische Durchführung des
Krieges. Die in der Resolution enthaltenen Anträge
gegen die Mittelpartei stehen in ihrer ungetrennten
Überzeugungsbemühungen, die nun die Weitung aus-
üben können, den Alterswahl zu schützen und den Zu-
stand der Verzweigung zu steigern. Der christlich-sociale
Beschluss stellt sich mit in allen Punkten als eine Aktion dar, durch welche die Sozialdemokratie Wosser auf die
Welt gebracht wird.

Solche Artikel der „Roedd. Allg. Blg.“
wirken ungemein nüchtern. Die Auseinandersetzung
des Bourgeois muss größer und größer werden,
und Alles, was auch die leiseste Anerkennung
des herrschenden kapitalistischen Systems verlauten
möchte, muss in immer stärkere Opposition gedrängt
werden.

— In der Landesverordnungsstätte sind weitere
Verhandlungen erfolgt. Es sind außer den beiden
erst vor dem Landesverordnungsgericht verhafteten Personen noch zwei weitere Spione, sowie der Buch-
halter bei Gräfin Namens Kneidbaum, unter starkster Bewachung nach Leipzig übergeführt worden.
Nachdem eine längere Untersuchung durch den
preußischen Kriegsminister, sowie durch den Kri-
minalkommissar v. Lautz und den Kölner Ober-
staatsanwalt stattgefunden hat, ist die Voruntersuchung dort sowohl wie in Magdeburg, Berlin und Hessen abgeschlossen. Die Angelegenheit soll
bereits in den nächsten Tagen vor dem Rechts-
gericht in Leipzig zur Verhandlung kommen.

Über die Angelegenheit soll auch in Augen-
burg nach einer Meldung der „Kreiszeitung“ nicht
geringen Aufzugung herrichten, da luxemburgische
Familien in Mitteleuropa gezogen sind. Ein anderer luxemburgischer Ingenieur, der mit dem
in Köln als Spion genommenen Ingenieur Paul Sch. in regem Verkehr stand, hält sich jetzt
in der Schweiz auf. Da seine Familie erhebt,
dass die deutschen Behörden auf ihn sabotieren
und ihn bei seiner Rückkehr aus der Schweiz
nach Luxemburg unter Durchsuchung durch die
deutschen Reichslande festnehmen wollten, so ge-
lang es ihm, ihn noch rechtzeitig zu warnen. In-
folge dessen ist er in der Schweiz geblieben.

— Parteiaufnahmen. Genoss Neustadt in
Berlin, Redakteur der „Schlesischen Volkswoche“, wurde wegen Beleidigung des Senatsministeriums,
begangen durch einen Parteikolleg, „Schnorrer“, zu
300 Mark Geldstrafe verurteilt. Derselbe Ar-
tikel stand in vielen anderen Blättern und ist
unbekanntlich geblieben.

Frankreich.

— Paris, 8. Oktober. Aus englischer Quelle
kommt die Meldung, dass die liegende Kolonne
des französischen Expeditionskorps unter General
Duclos die Hauptstadt der Dobos, Antananarivo,
eingenommen hat. Der Premierminister und der
Hof seien nach Ambositra und Besiloas geflohen.

Großbritannien.

— Die Barnetts hielten in Dublin am
Montag eine Versammlung ab, in der John Red-
mond den Vorstand führte. Redmond erklärte,
Irland bestände auf „Home Rule“ und würde mit
bloßen Verbesserungsmöglichkeiten nicht zufrieden
sein. Wenn ein Krieg in Europa ausbrechen
sollte, würden die Irlander unter den Kämpfen
der „Marshallskriege“, nicht unter denen des „God
save the Queen“ (englische Nationalhymne) mar-
schieren. Die Versammlung nahm Resolutionen
zu Gunsten von Home Rule und zu Gunsten einer
Amnestie der politischen Gefangenen an.

Bulgarien.

— Der Robiger kreißt mit den „heiligsten“
Dingen seines Schatzes und muss sich darum die
härtesten Zurechtheilungen gefallen lassen. Der
„Petersb. Herald“ bringt folgende Mitteilung an
aufsässiger Stelle in größerer Schrift:

Zunächst übersicht aus dem Telegraph durch die
Meldung des Wiener „Herald“, den kleine Prinz Boris
von Robing soll demnächst in den Schoß der ortho-
doxen Kirche aufgenommen werden; jedoch nur für
einen Augenblick: der Nachdruck folgt der Abreiseung
durch den Telegraph. „Herr“ in Wien auf dem „Tage
und Tag“ und aus mir das Vergnügen, die von einem
österreichischen halbmuslimischen Organ verfasste Mel-
dung von einem zweiten eben jüdischen Organ wider-
zuholen zu sehen. Soll das etwa ein baldiges „essai“
sein? Begehrliche Wünsche: denn es ist doch Redemans
bestimmt, dass Prinz Ferdinand von Robing
als Fürst von Bulgarien für Rumänien
nicht existiert und Unterhandlungen zwischen ihm
und Rumänien ganz ausgeschlossen sind. Prinzessin Ale-
xandrina von Robing und ihr Sohn sollen davon
doch genügend überzeugt werden, dass Prinz
Petersb. Herald“ bringt folgende Mitteilung:
mit der Konfession des fürstlichen Kindes
getrieben wird; man will seine Annahme in die
rechtmäßige Kirche nur eingehen, falls Rumänien a priori
die Anerkennung des Unionsvertrages auf dem
bulgarischen Throne gewährt. Es besteht nun wohl
von selbst, dass eine solche Anerkennung nicht erzielt
werden kann; eine freiwillige Anerkennung des Prinzen
Boris wäre doch das Mindeste, nodurch der genannte
Rumänen ihre wichtige Verständigung mit der bulga-
rischen Nation bedurften möchte. Außerdem glauben
wir, dass Rumänien noch heute keine Bereitstellung hat,
die Entwicklung der Dinge in Bulgarien zu beschleunigen,
alle darauf bezüglichen ballous d’essai erscheinen
und durchaus müsig.“

Dieser Ferdinand von Robing ist doch aber
sicherlich eine „Ordnungsfürze“!

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Schluss aus der Beilage)

Ich komme nun zu dem zweiten Theil: „Er-
haltung und Vermehrung des öffentlichen Grund-
eigentums.“ Ich brauche wohl nicht erst zu
betonen, dass die Vermehrung des Gemeindebesitzes
mit der Sozialdemokratie nichts zu thun hat.
Was geht uns das Gemeindebesitz an, das vielleicht
irgendwo in Bojen an einen Gutbesitzer ver-
pachtet wird? Alle europäischen Sozialisten,
namentlich die ausgezeichneten Theoretiker in
Auskunft, sind Gegner des Gemeindebesitzes. Si-
cheln sie ein, dass statt der alten Kleinbauern
zunächst ein ländliches Proletariat geschaffen
werden muss. Sie sind für Auflösung des Ge-
meindebesitzes, weil sie die Dinge so ansehen, wie
sie tatsächlich sind und erst die richtige Vor-
bedingung schaffen wollen. Freilich muss man
dann länger warten, aber das thut in diesem
Falle nichts.

Was haben wir den eigentlich für Allmenden? Vom Schwartwalde habe ich vorher gesprochen.
In der Schweiz haben wir, von den Alpen ab-
seits, Weibervielbstoss. Dort befinden sich solche
kleine freiherrliche Lande, das wohl niemand glauben
wird, wir hätten ein Interesse an der Aussichts-
erhaltung dieser Ländchen. Am Durchschnitt kann
dort ein Arbeiter mit seinem Acker gerade seinen
Haushalt an Kartoffeln decken. Diese Frage
hat also dort heute schon gar keine Bedeutung
mehr. In Baden kommt nach einer Statistik von
1894 so wenig auf den Bewohner, dass damit
nicht ein einziger kleinen Familienbedarf bedeckt
ist. In Württemberg haben nach einer
Statistik von 1890 1629 Gemeinden überhaupt
Allmenden: von diesen haben 567 Gemeinden
einen Allmendenbesitz von 1 bis 10 Morgen,
151 einen solchen von 11 bis 30 Morgen, der
sich noch auf die einzelnen Familien verteilt, also
von gar keiner Bedeutung ist. Und wie vertheilen die
Leute, die uns etwas nahe stehen und die Dinge kennen,
darüber? Sie sagen, dadurch, dass wir von Gemeinde
wegen bestimmten Kleinstleistungen zuweisen, thun wir
dasselbe, als wenn wir den Arbeitern als gute
herren kleine Lecker geben. Wir fesseln sie an
die Scholle. Vielleicht verhält man auch so, dass
man die Allmende nicht gleich vertheilt, sondern erst
nach 10 oder 20 Jahren, und doch sich der
Anteil je nach der Länge der Zeit vermehrt.
Ja, da tritt doch der arbeiterfreudliche Charakter
der Allmenden ganz deutlich hervor. Eine
Autorität für uns, der Fabrikantspolitik Wörthbauer,
gesetzt ein, dass die Allmendenregulierung, was sie
für die praktische Stellung, die wir im politischen Leben
einnehmen würden, wenn wir den Entwurf annehmen.
Der Bauer kommt doch nicht zu uns, wenn wir ihm nicht alle möglichen
„Wenn und Aber“ lassen, auch nicht einen Bauer
werden sie aus den Krallen der Agrarier
holen, wenn wir den Entwurf und noch alles
mögliche billigen, was die Bonnen haben wollen.
Wenn wir einige Forderungen annehmen, dann
gibt es keinen Halt mehr. Den Anfang haben
wir noch in den Händen, das Ende nicht mehr.
Außerdem in welche Gesellschaft würden wir
durch die Annahme des Entwurfes geraten? Feder
Antisemit, der das Gemeindebesitzthum ver-
mehrt wissen will, der für die Verstärkung seiner
Schulden thätig ist, klopft uns, wenn er zu uns
kommt, auf die Schulter und wir müssen ihm
wieder auf die Schulter klopfen. Wir wollen
aber doch nicht Elemente heranziehen, von denen
wir gar nicht wissen können, wie sie bei uns
wirken werden. Wir wollen lieber Schritt für
Schritt vorwärts gehen, allein, als schnell mit
den Antisemiten und Bauernführern. Es ist jetzt
noch ein Segen für uns, dass diese Leute ihre
eigenen Wege gehen. Besonders die jüngeren
Genossen warne ich vor den allzu nahen Nachbar-
distanz dieser Leute, wollen sie nicht den Teufel
durch Beleidung auszutreiben versuchen. Wir
wollen keine Charlatanerie, wir wollen nicht mit
Wundermitteln kurieren.

Diejenigen Leute, die an der Spitze gehen
können, hätten mehr Gewissenhaftigkeit haben
sollten. Ich habe die Veröffentlichung verlangt,
um den Leuten zu zeigen, was für Quacksalbereien
in das Programm kommen sollten. Wenn die
Genossen noch der langen Diskussion ihr Urteil
noch nicht eingeschenkt haben, dann müssen ihnen
eben die Arbeiter die Wege weisen. Und darum
bitte ich Sie: Lehnen Sie den ganzen Entwurf ab.
Die Partei verliert an ihm nichts. Wir
wollen freilich den Kleinbauer heranziehen, aber
wie müssen ihm erklären, dass er keine Zukunft
hat als Pächter, sondern nur als Besitzer.
wenn er unter unserer Fahne kämpft. Wir
wollen das Pferd nicht beim Schwanz aufzäumen
und nicht einkreisen wie Uhland's Amt, verdeckt,
mit dem Schwanz in der Hand. (Lebhafte
Bauern und Händelslachen.)

Nuer beantragt: 1. Der Parteitag wolle
beschließen: den Entwurf der Agrarkommission
in allen Theilen abzulehnen. 2. Eine Kommission
zu wählen, in der möglichst alle Provinzen
vertreten sind, insbesondere die östlichen, die Kom-
mission hat die Aufgabe, durch ihre Mitglieder
in allen Landesteilen Erhebungen über die
wirtschaftliche Lage der Landarbeiter anzustellen,
was gewonnene Material zu sichten, zu veröffentlichen
und für die Genossen eine Richtigkeitsurkunde
der Landtagsaktion zu schaffen.

Singer schlägt vor, die oben angeführten
Anträge und Abzug des 9. Antrages (der Partei-
genossen in Kothen): „Der Agrarkommission
entwurf ist an einen Auszug zu verzögern, der
Material zu sammeln und von Zeit zu Zeit zu
veröffentlichen hat; und Antrag 110: Der Partei-
vorsitzende möge den Referenten, welche zur Land-
tagsaktion verordnet werden, genügende Mittel zur
Verfügung stellen, das dieselben in der Lage
sind, sich einige Tage auf dem Lande aufzuhalten,
um die Ansichten und Wünsche der Landbevölkerung
aus eigenen Anschauungen kennen zu lernen“, mit
dem Antrag Nuer zusammen zu behandeln. Ferner

haben wir nicht mehr die Gegner in der Hand,
sondern die Gegner uns. Sie werden vielleicht
verwundet sein, dass ich daraus gedrungen habe,
den süddeutschen Entwurf zu veröffentlichen. Ich
habe das nicht getan, um die Süddeutschen zu
trüben, sondern, weil dadurch am altendeutsch-
schen hervortrat, mit welcher Unkenntlichkeit und
mit welchem Mangels an Gewissenhaftigkeit
heute Forderungen in der Partei aufgestellt werden
können, und wie auch selbst gute, alte, erprobte
Parteiliegenschaften auf solche Charlatanerie ein-
gehen könnten. Als ich den süddeutschen Entwurf
habe, da schien es mir, als ob ich diesen Entwurf
doch einmal irgendwie geschenkt hätte und als ob
er schon einmal in einem großen Staate als Ge-
richt vorgelegen hätte, als ob er von einer ganz
reaktionären Regierung vor 2 Jahren veröffentlicht
worden wäre. Der süddeutsche Ausschuss
hat also in seiner Unkenntlichkeit und geringer Ge-
wissenhaftigkeit einen Entwurf eingebracht, der
jeden Augenblick in einem der größten Reiche
habe, den Ausschuss gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen betraut
werden, den Vorwurf gemacht haben, das sie zum
Vereins- und Verhandlungsgebot nichts verhindern
wollen den Arbeitern die Wahrheit gesagt wurde,
die sie mit der Verhandlung am. Im weiteren Seien
die mit der Überwachung von Versammlungen

sehen. Nach die Aussagen dieses Zeugen bedenkt sich der Angeklagte. Das Wort "toll" ist seiner kleinen Übersetzung nach nicht gefallen. (Vorwurf wird nämlich schaus des Vertrags des Hauptvertrags gelegt.) Nach einer an ihm gerichteten Aussage legt er aus, er müsse es wenigstens gesagt haben, wenn es gefallen sei.

Zugewandter Amt. Dörr behauptet zunächst, er sei während des Vorlasses nicht aus dem Saale getreten und habe die Ausführungen Fleckners genau verfolgt. Mit vollem Begeistertheit kann er vertheidigen, daß er die Ausführungen so, wie sie die Anklage annimmt, nicht gehört habe. Er kann mit voller Bestimmtheit versichern, daß das Wort "toll" nicht gefallen sei. Vori.: "Wollen Sie sagen, wenn es gefallen wäre, dann müßte ich es gehört haben?" Zeuge: "Ich erkläre mit Bestimmtheit, Fleckner hat das Wort "toll" nicht gebraucht." Vori. (lädt den Gemeindeschenken vorzutragen): "Was hat Fleckner gesagt?" Gemeindeschener: "Er hat von einem "tollen" Urteil gesprochen." Vori. (zu Dörr): "Was, was fingen Sie jetzt, das Gemeindeschener und sein anderer Name haben beschworen, daß Fleckner wiederholt von einem tollen Urteil gesprochen?" Zeuge (sehr erregt): "Und ich bleibe dabei, das Wort "toll" ist nicht gefallen, ich habe Fleckner sehr für toll halten müssen, wenn er es gesagt hätte." Vorl.: "Sollten Sie diese ironischen Geschenken haben geschworen, nehmen Sie es genau?" Zeuge: "Ich kann nicht anders, als die Wahrheit sagen." Einheitsabgeordneter v. Seydlitz erachtet keine Ausflüsse zu protokollieren. Der Vorsitzende hört noch mehrere Aussagen an den Zeugen. Schließlich giebt der sehr erregte Zeuge zu, einmal aus dem Saale gegangen zu sein, um seine Bedienstete zu befragen. Der Zeuge tritt auf und verfügt in den Zuhörerkreis.

Es folgt die Vernehmung des letzten Zeugen, des Gemeindeschener. Freiherr August Richter aus Neumarkt. Er gibt an, daß er allerdings auch auf Kurze Zeit aus dem Saale gegangen sei, aber im Liegen nicht entfernt von den Ausführungen des Referenten geblieben habe. Er will gestellt haben, daß die Richter in Seine auf die Geschenke gelegt habe: "Wenn ein Sozialdemokrat aufs Gericht deutet wie, so beschreibt er das eigentlichste Geschehen, als sei er von vornherein verdeckt." Er hat aber nicht vom Schriftsteller Pönn gesprochen. Das Wort "toll" sei nicht gesagt, wenigstens möchte er, der Zeuge, es nicht hören, wenn sich Fleckner dieses Ausdrucks bedient habe. Während der Aussagen dieses Zeugen bemerkt einer Verleger, wie der Einheitsabgeordnete Hoffmann ausführlich und sie dem Gemeindeschener übergebt. Der Gemeindeschener läuft in den Zuhörerkreis und ruft dort stehendem Dörr. Dörr ist verhaftet, obwohl er das esemand aus dem gut besetzten Zuhörerkreis gewertet hat.

Der Verleger der Anklage, Staatsanwaltschaftsleiter v. Seydlitz, ist der Überzeugung, daß Fleckner die zur Last gelegten Ausführungen gethan hat. Gegenüber den 3 Beamten voll Begeistertheit verneint, leitet die 4 Entlastungszeugen, insbesondere Ober Dörr, unglaublich. In den Ausführungen seines Sozialdemokraten gegenüber geblieben habe, und er hierbei vom Vorsitzenden unterbrochen, so daß er höchstlich auf seine Verlegertheit verzichtet.

Doch sehr langanhaltender Beratung wird das Urteil verkündet: Fleckner wird wegen Beleidigung in 2 Fällen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die beledigten Zeugen gelten als erwiesen. Sie sind zweifellos ihrer Beleidigungen des betreffenden Behörden. Die Erwiderung sind rechtzeitig und formstichtig gefestigt. Der Strafzug des § 188 mischte dem Angeklagten vermag werden. Als die Beleidigung der Amtshauptmannschaft das man 2 Monate und für die des Amtshauptmanns 5 Monate ausgeworfen, darunter die Gefangenzeit von 6 Monaten gebildet. Seine Vorlesungen in Amt Gefangen wegen Beleidigung sollen statthaft in's Gewicht. Zum Schluß wird verfestigt, daß Fleckner im Hinblick auf die Höhe der erkannten Strafe sofort in Haft zu nehmen sei.

Fleckner erklärt dabei, daß er die Ausführungen nicht gehabt habe. Den Entlastungszeugen müsse zumindest ebenso viel Blauden begegnen werden, wie den Beamten. Er will nachweisen, daß man jenseits verschwiegener Gesetze doch eine gewisse Parallelität des Sozialdemokraten gegenüber geblieben habe, und er hierbei vom Vorsitzenden unterbrochen, so daß er höchstlich auf seine Verlegertheit verzichtet.

Doch sehr langanhaltender Beratung wird das Urteil verkündet: Fleckner wird wegen Beleidigung in 2 Fällen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die beledigten Zeugen gelten als erwiesen. Sie sind zweifellos

ihrem Kandidaten für den 2. Dresdner Wahlkreis zu schämen, sie schweigt sich noch immer aus über den kommenden Mann". Dagegen berichten hiesige Blätter, daß der Direktor der Wacht, Simonermann, in eigener Person als Kandidat fungieren will. Nachdem Niemand zu bewegen war, die Ehre antikommissarischen Durchgangskandidat zu spielen, auf sich zu nehmen, muß der dienstbedürftige antikommissarische Freund hubischer Südmänner selbst in den sauren Apfel biss. Wohl befürwortet ihm.

† Zu den Landtagswahlen. Nach den bisherigen Ermittelungen sind in den zur Wahl stehenden Kreisen folgende Kandidaten aufgestellt: Dresden II (Bornaer Vorstadt, Johannstadt): Schoenfeld (Soz.), Zimmermann, Antschel, Brehm (ton.). Dresden III (Wilsdruffer Vorstadt, Friedr.stadt): Freiberg (Soz.), Schmidt (ref.), Hädle (Antsch.). Leipzig II: Heinrich (Soz.), Kleeburg (Antsch.), Schell (nat.). Leipzig IV: Binsau (Soz.), Schillbach (ref.). Chemnitz II: Seifert, Zwiedau (Soz.), Bacharias (ref.), Ande (ton.).

Städtische Wahlkreise:

- Kreis (Bitterau, Löbau, Bernstadt, Ostritz und Weißensitz): Nehl (Soz.), Rößius (nat.).
- Kreis (Bischöfswerda, Balsnitz, Stolpen, Niederschönburg, Großenhain): Manig (Soz.), Ulrich (ref.), Hause (ton.).
- Kreis (Dohna, Rabenau, Dippoldiswalde, Frauenstein, Saida, Lengenfeld, Altenberg, Böhlen, Bärenstein, Glashütte, Lauenstein, Leubsdorf, Gottscheba, Berggießhübel und Brand): Dreyer (Soz.), Götz (ref.), Adermann (ton.).

16. Kreis (Crimmitschau und Werda): Goldig (Soz.), Leichmann (parteilos).

20. Kreis (Eibenstock, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt, Reußtal, Aue und Schneeberg): Neu (Soz.), Hörmann (ton.), Vogel (ton.), v. Trebra (ton.).

Wahlkreise des platten Landes.

- Kreis (Gerichtsbezirk Bitterau): Ade (Soz.), Höhns (ref.), Wolke (ton.).

- Kreis: (Gerichtsbezirke Großschönau und Oberwitz): Schäfer (Soz.), Fähermann (ref.), Richter (nat.).

- Kreis (Löbau und Bernstadt): Kluge (Soz.), Hähnel (ton.).

- Kreis (Bautzen und Weißenberg): Lange (Soz.), Schmole (ton.), Wülfertstein (ton.).

- Kreis (Neusalza und Schirgiswalde): Welde (Soz.), Schmeltz (ref.), Matthes (ton.).

- Kreis (Niederschönburg, Niederschönburg und Schönfeld): Becker (Soz.), Lange (ref.), Philipp (parteilos).

- Kreis (Borna, Königstein, Göltzscha, Lauenstein): Dreyer (Soz.), Frenzel (parteilos).

- Kreis (Saxonia und Brand): Reimer (Soz.), Kluge (ton.).

- Kreis (Freiberg Land): Braune (Soz.), Steyer (ton.).

- Kreis (Chemnitz und Limbach): Hofmann (Soz.), Beyer (ref.), Otto (ton.).

dah die imkriminierten Ausführungen nicht gefallen seien. Der Staatsanwalt hält den einzigen Belastungszugang für glaubwürdig und beantragt gegen Stadl 1 Jahr und gegen Schütz und Mahl 6 Monate Gefängnis. Nach langerer Beratung veränderte der Richter die Freispruchserklärung der Angeklagten. Dem Richter sei es zweitens, daß nicht nur an dem fraglichen Tage, sondern schon früher unschämliche Ausführungen über den Keller getan seien. Bei den schwierigen Aussagen des Belastungszuges hätten dieseindeinde nicht festgestellt werden können, und so musste die Freispruchserklärung erfolgen.

† Vom Reichsgericht wurde die von dem Staatsanwalt Karl Boosch, der in Berlin am 17. Mai 1893 wegen Beleidigung des früheren Reichsministers Schelling, dem Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes Dr. Kauler, des Reichsgerichtsgerichtsbeamten Kapellandrat von Eichhorn und des Amtsräters Amtsgerichtsamtsschreiber Böckel gesagte: "Was hat Fleckner gesagt?" Gemeindeschener: "Er hat von einem "tollen" Urteil gesprochen." Vori. (zu Dörr): "Was, was fingen Sie jetzt, das Gemeindeschener und sein anderer Name haben beschworen, daß Fleckner wiederholt von einem tollen Urteil gesprochen?"

Zeuge (sehr erregt): "Und ich bleibe dabei, das Wort "toll" ist nicht gefallen, ich habe Fleckner sehr für toll halten müssen, wenn er es gesagt hätte." Vorl.: "Sollten Sie diese ironischen Geschenken haben geschworen, nehmen Sie es genau?" Zeuge: "Ich kann nicht anders, als die Wahrheit sagen." Einheitsabgeordneter v. Seydlitz erachtet keine Ausflüsse zu protokollieren. Der Vorsitzende hört noch mehrere Aussagen an den Zeugen. Schließlich giebt der sehr erregte Zeuge zu, einmal aus dem Saale gegangen zu sein, um seine Bedienstete zu befragen. Der Zeuge tritt auf und verfügt in den Zuhörerkreis.

Es folgt die Vernehmung des letzten Zeugen, des Gemeindeschener. Freiherr August Richter aus Neumarkt. Er gibt an, daß er allerdings auch auf Kurze Zeit aus dem Saale gegangen sei, aber im Liegen nicht entfernt von den Ausführungen des Referenten geblieben habe. Er will gestellt haben, daß die Richter in Seine auf die Geschenke gelegt habe: "Wenn ein Sozialdemokrat aufs Gericht deutet wie, so beschreibt er das eigentlichste Geschehen, als sei er von vornherein verdeckt." Er hat aber nicht vom Schriftsteller Pönn gesprochen. Das Wort "toll" sei nicht gesagt, wenigstens möchte er, der Zeuge, es nicht hören, wenn sich Fleckner dieses Ausdrucks bedient habe. Während der Aussagen dieses Zeugen bemerkt einer Verleger, wie der Einheitsabgeordnete Hoffmann ausführlich und sie dem Gemeindeschener übergebt. Der Gemeindeschener läuft in den Zuhörerkreis und ruft dort stehendem Dörr. Dörr ist verhaftet, obwohl er das esemand aus dem gut besetzten Zuhörerkreis gewertet hat.

Der Verleger der Anklage, Staatsanwaltschaftsleiter v. Seydlitz, ist der Überzeugung, daß Fleckner die zur Last gelegten Ausführungen gethan hat. Gegenüber den 3 Beamten voll Begeistertheit verneint, leitet die 4 Entlastungszeugen, insbesondere Ober Dörr, unglaublich. In den Ausführungen seines Sozialdemokraten gegenüber geblieben habe, und er hierbei vom Vorsitzenden unterbrochen, so daß er höchstlich auf seine Verlegertheit verzichtet.

Doch sehr langanhaltender Beratung wird das Urteil verkündet: Fleckner wird wegen Beleidigung in 2 Fällen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die beledigten Zeugen gelten als erwiesen. Sie sind zweifellos ihrer Beleidigungen des betreffenden Behörden. Die Erwiderung sind rechtzeitig und formstichtig gefestigt. Der Strafzug des § 188 mischte dem Angeklagten vermag werden. Als die Beleidigung der Amtshauptmannschaft das man 2 Monate und für die des Amtshauptmanns 5 Monate ausgeworfen, darunter die Gefangenzeit von 6 Monaten gebildet. Seine Vorlesungen in Amt Gefangen wegen Beleidigung sollen statthaft in's Gewicht. Zum Schluß wird verfestigt, daß Fleckner im Hinblick auf die Höhe der erkannten Strafe sofort in Haft zu nehmen sei.

Fleckner erklärt dabei, daß er die Ausführungen nicht gehabt habe. Den Entlastungszeugen müsse zumindest ebenso viel Blauden begegnen werden, wie den Beamten. Er will nachweisen, daß man jenseits verschwiegener Gesetze doch eine gewisse Parallelität des Sozialdemokraten gegenüber geblieben habe, und er hierbei vom Vorsitzenden unterbrochen, so daß er höchstlich auf seine Verlegertheit verzichtet.

Doch sehr langanhaltender Beratung wird das Urteil verkündet: Fleckner wird wegen Beleidigung in 2 Fällen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die beledigten Zeugen gelten als erwiesen. Sie sind zweifellos ihrem Kandidaten für den 2. Dresdner Wahlkreis zu schämen, sie schweigt sich noch immer aus über den kommenden Mann". Dagegen berichten hiesige Blätter, daß der Direktor der Wacht, Simonermann, in eigener Person als Kandidat fungieren will. Nachdem Niemand zu bewegen war, die Ehre antikommissarischen Durchgangskandidat zu spielen, auf sich zu nehmen, muß der dienstbedürftige antikommissarische Freund hubischer Südmänner selbst in den sauren Apfel biss. Wohl befürwortet ihm.

† Zu den Landtagswahlen. Nach den bisherigen Ermittelungen sind in den zur Wahl stehenden Kreisen folgende Kandidaten aufgestellt: Dresden II (Bornaer Vorstadt, Johannstadt): Schoenfeld (Soz.), Zimmermann, Antschel, Brehm (ton.).

Dresden III (Wilsdruffer Vorstadt, Friedr.stadt): Freiberg (Soz.), Schmidt (ref.), Hädle (Antsch.). Leipzig II: Heinrich (Soz.), Kleeburg (Antsch.), Schell (nat.). Leipzig IV: Binsau (Soz.), Schillbach (ref.). Chemnitz II: Seifert, Zwiedau (Soz.), Bacharias (ref.), Ande (ton.).

Städtische Wahlkreise:

- Kreis (Bitterau, Löbau, Bernstadt, Ostritz und Weißensitz): Nehl (Soz.), Rößius (nat.).

- Kreis (Bischöfswerda, Balsnitz, Stolpen, Niederschönburg, Großenhain): Manig (Soz.), Ulrich (ref.), Hause (ton.).

- Kreis (Dohna, Rabenau, Dippoldiswalde, Frauenstein, Saida, Lengenfeld, Altenberg, Böhlen, Bärenstein, Glashütte, Lauenstein, Leubsdorf, Göltzscha, Berggießhübel und Brand): Dreyer (Soz.), Götz (ref.), Adermann (ton.).

- Kreis (Crimmitschau und Werda): Goldig (Soz.), Leichmann (parteilos).

- Kreis (Eibenstock, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt, Reußtal, Aue und Schneeberg): Neu (Soz.), Hörmann (ton.), Vogel (ton.), v. Trebra (ton.).

- Kreis (Bitterau): Ade (Soz.), Höhns (ref.), Wolke (ton.).

- Kreis (Saxonia und Brand): Reimer (Soz.), Kluge (ton.).

- Kreis (Freiberg Land): Braune (Soz.), Steyer (ton.).

- Kreis (Chemnitz und Limbach): Hofmann (Soz.), Beyer (ref.), Otto (ton.).

32. Kreis (Frankenberg und Augustusburg): Lohse (Soz.), Schubart (ton.).

33. Kreis (Gerichtsbezirk Stollberg): Stolle (Soz.), Schubart (ref.).

41. Kreis (Reichenbach, Döhlen, Kirchberg, Schneeberg): Schmidt (Soz.), Krebs (ref.), Wolf (ton.).

42. Kreis (Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt und Löbau): Betsch (Soz.), Rohrbach (ref.), Roskots (ton.).

44. Kreis (Treu, Plauen, Dausa und Elsterberg): Jemischer (Soz.), Heidler (ton.).

straße, Wallstraße, Winterbergstraße, Wittenberger Straße, Wormser Straße.

Wahlvorsitzender: Herr Stadtrath **Wiemers**.

Stellvertreter: Herr St.-B. **Baumhauer**.

Wahlort: Tittmannstraße Nr. 16.

III. Wahlkreis:

1. Wahlbezirk:

Altmarkt Nr. 5 bis 10, Auguststraße gerade Nr. 2 bis 8, Böhmisches Tor, Brühlsche Gasse, an der Frauenstraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße ungerade Nr. 1 bis 19, gerade Nr. 2 bis 14, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Böhmisches Tor, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 2 bis 28, Gewerbeschule, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 3 bis 21, gerade Nr. 4 bis 14, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Böhmisches Tor, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 5 bis 15, gerade Nr. 6 bis 16, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 7 bis 17, gerade Nr. 8 bis 18, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 9 bis 19, gerade Nr. 10 bis 16, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 11 bis 17, gerade Nr. 12 bis 18, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 13 bis 19, gerade Nr. 14 bis 20, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 15 bis 21, gerade Nr. 16 bis 22, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 17 bis 23, gerade Nr. 18 bis 24, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 19 bis 25, gerade Nr. 20 bis 26, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 21 bis 27, gerade Nr. 22 bis 28, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 23 bis 29, gerade Nr. 24 bis 30, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 31 bis 37, gerade Nr. 32 bis 38, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 39 bis 45, gerade Nr. 40 bis 46, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 47 bis 53, gerade Nr. 48 bis 54, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 55 bis 61, gerade Nr. 56 bis 62, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 63 bis 69, gerade Nr. 70 bis 76, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 77 bis 83, gerade Nr. 78 bis 84, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 85 bis 91, gerade Nr. 86 bis 92, Auguststraße gerade Nr. 93 bis 99, gerade Nr. 100 bis 106, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 107 bis 113, gerade Nr. 108 bis 114, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 115 bis 121, gerade Nr. 116 bis 122, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 123 bis 129, gerade Nr. 130 bis 136, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 137 bis 143, gerade Nr. 138 bis 144, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 145 bis 151, gerade Nr. 146 bis 152, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 153 bis 159, gerade Nr. 154 bis 160, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 161 bis 167, gerade Nr. 162 bis 168, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 169 bis 175, gerade Nr. 170 bis 176, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 177 bis 183, gerade Nr. 178 bis 184, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 185 bis 191, gerade Nr. 186 bis 192, Auguststraße, Brühlsche Gasse, Brühlsche Straße, Görlitzer Platz, Auguststraße gerade Nr. 193 bis 19

Die Hoffnung und das Monopol mit Geld ge-
schafft werden war.

X Cotta. Montag den 7. Oktober fand hier eine Versammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins für Cotta statt, in welcher Herr Hellmann vom Dresdner Volksbildungverein Berhart Hauptmann's soziales Drama "Die Weber" zum Vortrag brachte. Von dem hohen Werth des Kunstwerks zeugt am besten der Umstand, daß trotz der zweitlängigen Dauer der Rezitation die Zuhörer bis zum letzten Augenblick in Spannung gehalten wurden. Es wurde allgemein bewundert, daß dies Stück nicht auf die Bühne gebracht werden darf, wo die Wirkung noch eine umso eindrücklichere sein würde. Nachdem noch die Gemeinderatsföhrung erstaunt hatten, wurde die sehr gut besuchte Versammlung gegen 12 Uhr geschlossen.

X Baunen. Über ein barbarisches Weib, das kein eigenes unehelich geborenes 7jähriges Mädchen verhandelt, hatte die Stadtkammer das Landgericht abzuurtheilen. Die Unimissenliche ist die Geschäftsführerin Frau Gräfin in Großröhrsdorf, 7 Mai vorbestraft, darunter wegen Raubversuchs und Körperverletzung zu 3 Jahren Gefängnis. Ihr Kind hat die Mutter oft täglich, oft mehrmals geprügelt, geohrfeigt, daß es an die Wand gestoßen und hinuntergefallen ist, dasselbe am Genick gefaßt und viele Male an die Wand angeschlagen, zum Schlagan einen Leibwärter und andere Gegenstände verwendet, ja einmal dasselbe gezwingt, in der bittersten Winterkälte barfuß und nur mit dem Hemd bekleidet in dem Haussaum sich zu wischen und etwa eine Stunde zu verweilen. Große und kleine Narben legen Zeugnis von der unmenschlichen Behandlung des Kindes ab. Das Gericht verurtheilte das Schauspiel zu 2 Jahren Gefängnis.

X Heldau. Überfallen von mehreren Durchsuchen wurde am Sonntag unterhalb der Pech-

blütte ein Obsthändler und dabei so mit Knüppeln bearbeitet, daß jener blutüberströmt liegen blieb. Ein zweiter Obsthändler, welcher auf das Hilfegefecht herbeieilte, wurde ebenfalls mit Knüppeln verhauen und empfangen, daß er der Übermacht weichen mußte. Erster soll sich in einem bejammernden Weinen befinden haben, so daß ihm die Haut an einigen Stellen der Arme und des Kopfes abgeschlagen war.

X Seringenwalde. Infolge von Lohnunterschieden haben in der Spinnfabrik von August Kitzig hier sämtliche Arbeiter gekündigt. In der Spinnfabrik von Jäckel & Co. war eine freiwillige Lohnverhöhung von 50 Pf. per Tag eingeführt worden, worauf auch die Arbeiter der Firma August Kitzig die Lohnverhöhung forderten. Dieselbe wurde auch bewilligt, Tags darauf aber wieder zurückgezogen.

X Leisnig. Den im 64. Lebensjahr stehenden Handarbeiter H. Winkler aus Querwisch fand man am Freitag Abend in Gleisen tot im Graben neben seinem Wagen, auf dem er Getreide geholt hatte, liegen. Derselbe war ihm über den Leib gegangen.

X Leisnig. Die Handarbeiter-Ehefrau Anna Kornath aus Dresden, welche vor circa 14 Tagen zwischen Westerwitz und Klosterbuch in selbstmordebischer Absicht aus dem Tage sprang und sich, weil sie durch diesen Sprung ihren Zweck nicht erreichte, mit einem Messer folgte lebensgefährliche Verletzungen am Halse beibrachte, daß die Lustsüchte mehrere flausende Wunden aufwies und eine Kanäle (inzwischen wieder entfernt) eingesetzt werden mußte, wird in kürzer Zeit wieder aus dem hiesigen Krankenhaus entlassen werden können und gleich hier in Stellung verbleiben.

X Leipzig. Der fromme Selbstmörder, Großbuchdrucker Hösenberg hatte bekanntlich Gesangbücher unberechtigt nachgedruckt und den Kirchenstempel gefälscht. Mit einem rheinisch-

westfälischen Gesangbuch hat er das gleiche Bandver wie mit dem sächsischen Laubgesangbuch ausgeführt, doch soll jener Fall durch Zahlung von 60.000 Mark aus der Welt gelöscht werden sein. Hösenberg hinterläßt außer seinem immobilen Besitz ein Baarermdigen von über 600.000 Mark. — Wie man jetzt erhält, ist das Strafverfahren gegen diesen freimaurerischen Großkapitalisten schon ziemlich weit gediehen. Auf den 1. Oktober war bereits Verhandlungstermin anberaumt. Aufällig bleibt hierbei, daß sich der "fromme" Sünder und Kirchenstempelfälscher noch auf freiem Fuße befand. Zug gegen Hösenberg kein Fluchtversuch vor, weil er Fabrikbesitzer und Millionär war, oder war das zu erwartende Strafmaß kein so hohes, das Fluchtversuch ausgeschlossen erschien? Nach Vorschriften hätten dabei doch mindestens 5 Monate herauskommen müssen.

X Grimmaisch. Einen entsetzlichen Fund machte man Sonntag Vormittag in der Wohnung eines hiesigen Fabrikanten; man fand nämlich den Schon starb in Verbindung übergegangenen Leichnam des 29jährigen Dienstmädchen Werner aus dem nahen Langenbecksdorf. Die Dienstmädchen war verirrt und infolge dessen wußte sich das Mädchen auf einige Tage zu ihrer Mutter begeben. Als für diese Tage die Rückkehr der Herrschaft bevorstand und das Mädchen nicht wiederkehrte, verschritt man zur Definition mehrerer von ihnen verdeckelter Thüren und fand in einem Zimmer das Mädchen tot auf dem Sofa liegend. Der Leichnam wurde abblab polizeilich aufgehoben. Ob ein Selbstmord oder Schlaganfall das Leben des Mädchens geendet, konnte noch nicht festgestellt werden.

Zugeschreiten.

* Mühlhausen i. E. 8. Oktober. Gestern Mittag nach 12 Uhr wurde der Fabrikant Schwarz, Inhaber einer der größten Wollspinnereien in Deutschland, auf dem Wege von seiner Fabrik nach Hause

von einem entlassenen Arbeiter durch drei Soldaten der Infanterieregiment Kaiser Wilhelm durch Schüsse tödlich verwundet. Der Tather übte sich in der Art der schwerwiegenden Gewalttat in seinem kleinen Verstecken erlegen.

* Moskau, 8. Oktober. Auf dem Flusse Oka ist bei dem Dorfe Ogori ein Flug untergegangen. Davon ungefähr 100 Personen ertranken bei dem Flug, der niemand handelt. Viele Menschen wurden von der Polizei, welche durch bestens und gesundes verdeckt war, mit der blauen Waffe ge-

Versammlungskalender.

Donnerstag.
Wählerversammlung. Abends halb 9 Uhr in der "Centralhalle", Ritterstraße. Die Landtagswahl im 3. Wahlkreis der Stadt Dresden. Die Herren Dr. Vogel, Dr. Hadel, Staatssekretär Dr. Schleicher und Töpper Waldorf entwirken ihr Programm.

Freitag. Für die Essener Bevölkerung gingen in der Expedition ein: Doctor Hebbel, Hebbelbühnen, 7 M. Hier steht Doctor aus Rautenkamp, welche nicht mehr sind. Deutsche für beiden, 4.35 M. Von den Turnern und Sängern Neuburg für das Familien-Münster-Spiel 10 M. So. 6.15 M. Bereits abgeliefert 267.91 M., möglich im Ganzen höher 945.36 M. in der Expedition eingegangen.

Samstag. Zur Landtagswahl gingen bei der Expedition ein: Doctor Wachtmüller und Seiffert und andere, die ebenfalls nicht mehr sind, den Rautenkamp für 6.75 M. So. 37.75 M.

Spielbank der Theater von Dresden.

Donnerstag.
Opernhaus (Kleiststraße): Sicilianische Rosen. Oper in einem Akt. — Die Puppenfee. Pantomimisches Ballett. Dienstag in einem Akt.

Schauspielhaus (Neustadt): Herrn Andrej Gardinenpredigt. Lustspiel in einem Akt. — Die bezaubernde Widerspenstige. Lustspiel in vier Akten. Festspieltheater: Madame Suzette. Vaudeville in 3 Akten. Muft von E. Andran.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Genossen hierdurch die traurige Nachricht, daß am 7. d. Wilts. unter lieber Sohn und Bruder, der Buchbinder

Paul Seifert

fast verschieden ist. Das Beerdigung findet Donnerstag den 10. d. Wilts. Nachmittags 1/2 Uhr, vom Tolkewitzer Friedhof aus statt. Um stillen Beileid bitten.

Die trauernden Hinterlassenen.

Todes-Anzeige.

Den Vorleuten nach der Nachricht, daß am Montag den 7. Oktober der Parteigenosse

Buchbinder Paul Seifert

im Alter von 29 Jahren gestorben ist. Seifert war einer von den thätigen Vorleuten, welcher Gott für die Rechte des Volkes gekämpft. Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags 1/2 Uhr, vom Tolkewitzer Friedhof aus statt.

Um zahlreiche Beihilfung erucht 185/12

Der Vertrauendmann von Dresden.

Montag früh verschied nach längerem Leiden unter Röhrigkeit der Buchbinder 185/6

Paul Seifert

im 29ten Lebensjahr. Geboren ist ein ehrlicher Kaufmann für unsere gerechte Sache, welcher mir den einen ehrenvollen Diensten bewiesen.

Gemeinschaft der Papierkunst.

Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Alle werden wir nicht vergessen.

Wir müssen uns nicht darüber beklagen, ob wir es möglichen werden.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 10. Oktober, Nachmittags halb 9 Uhr auf dem Tolkewitzer Friedhof statt.

Sicherheit der außerehelichen Kinder, an die Engelmauer und so weiter! Wie sehr unter diesen Bedingungen gerade die Proletarierfrau leidet, zeigt unter anderem die Thatache, daß oft die sogenannten gesalzenen Dienstmädchen, an denen meist der Herr oder der Sohn des Hauses das aus primis vorstellt hat, in das Empfangs- und Proletariat geführt und der Prostitution überlassen werden. Wenn es nun selbstverständlich ist, daß die sozialdemokratische Reichstags-Faktion bei der Verabschaffung des bürgerlichen Gesetzbuches in dem Sinne unserer Anträge eintritt, so ist es doch ein Unterschied, ob sie dies aus eigener Initiative tut oder infolge des aufrührerischen Willens der sozialen Partei des deutschen Volkes. Nehmen Sie also, schon um der Reichstags-Faktion den nächsten Nachdruck zu verleihen, beide Anträge an! (Lebhafte Beifall.)

Antrag 8 wird nicht genügend unterstrichen.

Zur Begründung des Antrages 9 spricht.

Karl Mannheim: Es ist ein starker Fehler im unserer Sozialgesetzgebung, daß sich die Arbeiter die Gewinnzulagen selbst machen müssen, die sie kaufen sollen, und daß sie selbst deren Kosten tragen. Die Sicherheit der Einnahmen in dieser Beziehung erzeugt eine Verunsicherung; selbst die Jurist kennt sich in den vielerlei Verhältnissen nicht mehr aus. Hoffentlich erlangen wir wenigstens einen Teil dessen, was wir verlangen; er wird auch den Agitation dienen.

Thomas Röhlisch: Röhlisch spricht zur Begründung des Antrages 8: Die Mitglieder des Gesetzes haben den zweiten Theil dieses Antrages juridisch; es handelt sich also nur um die Verabschaffung der Rentenzeit von 70 auf 60 Jahre. Die Verabschaffung dieses Antrages ist klar; in Stahlbetrieben werden Arbeiter über 40 Jahre nicht eingestellt, der private Unternehmer will von allen Arbeitern überhaupt nichts wissen. Unbedingt erzielen ja nur die wenigsten Arbeiter ein Alter von 70 Jahren.

Röhlisch - Berlin: Berlin begründet Antrag 8. Antrag 8 wird vom Rektor des Geschoßes Tamm eine treffliche Illustration der Dinge, die Anlass dazu gegeben haben, die im Antrag 90 stehenden Zahlen zur Gewerbe-Ordnung aufzustellen.

Stadt h a g e n : Berlin begründet Antrag 9.

Antrag 86 wird von Thiele - Halle begründet. Wenn der Antrag angenommen wird, braucht sich Geschoß Singer noch lange kein Erfolgsprinzip annehmen zu lassen. (Heiterkeit.)

Antrag 90 wird nicht begründet.

Anton 100 begründet Martille - Hamburg: In Hamburg beschäftigt kein Unternehmer einen Arbeiter, für den er das Orts-Krankenfassgeld bezahlen muß. Mancher Arbeiter, der arbeitslos war, hat das letzte verloren müssen, um das Eintrittsgeld in eine freie Hilfslasse aufzubringen. Um diesem Missstand abzuhelfen und die Unternehmer — besonders die Hamburger — zu zwingen, an den Kosten der Versicherung teilzunehmen, ist der Antrag von dem Geschoß Wohlfahrt in Hamburg eingereicht worden. Es ist zu überlegen, ob man ihm folgen soll, da er hauptsächlich nur durch die Hamburger Zustände veranlaßt ist.

Antrag 106 begründet G e h t - Bremerhaven: Die von uns verlangte Statistik wird am besten die schwere Überarbeit zeigen, der die Seelente in ihrem anstrengenden Betrieb ausgesetzt sind. Dem Reichsamt des Innern wird bekanntlich ein Handbuch für die deutsche Handelsmarine herausgegeben. Trotz seines australischen Charakters sind die Angaben des Buches unrichtig. Schiffe, die 65 Mann Besatzung haben sollten, haben tatsächlich nur 35, Schiffe mit angeblich 107 Mann haben nur 71, Schiffe mit angeblich 115 — nur 77 Mann Besatzung gehabt. Dabei reicht die vorgeschriebene Besatzung, die die Schiffe haben sollten, kaum hin, um die Arbeiten ordnungsmäßig zu verrichten. Da ist die Folge, daß es bei Unglücksfällen an Händen, vor allen an gebrochenen Händen fehlt, um das Leben von Händlern zu retten. Wir brauchen dringend eine Statistik über die tatsächliche Besatzung der Schiffe. Die Ausbeutung der deutschen Seelente ist genau so groß, wenn nicht noch größer, wie in andern Ländern. Insoweit der Überarbeit, der schlechten Kost und der schlechten Bezahlung richten praktische deutsche Seelente in New York aus. Um die leeren Stellen zu schließen, werden Deutsche in Amerika angemietet, die keine Ahnung von der Seefahrt haben und die Arbeit, die zum Beispiel in einer Temperatur von 56 bis 60 Grad Celsius verrichtet werden muß, nicht gewohnt sind. Wenn sie nicht arbeiten können, soll grausame Wissenslängerung ihr Vorrecht so daß sie der Tod in den Wellen suchen. Wenn der Rest des Schiffes genauso fehlt und die Deute kaum schreiben wollen, würde er seine Stellung sofort verlieren. Auch die Heizer und Schleppmeister beteiligen sich an den Misshandlungen, weil sie ja die Arbeit des Schiffs wiedergeben werden. (Heiterkeit.)

Liam - Berlin seinen Antrag, zunächst den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit zu erläutern und dann die eingegangenen Anträge der Reihe nach zu diskutieren.

Der Antrag wird ohne weitere Debatte angenommen. Es findet also zunächst die Befreiung des Berichts über die parlamentarische Tätigkeit statt.

Groß-Rostof: Der Antrag Auer im Reichstage, daß in jedem deutschen Staate ein Volkswertretung bestehen sollte, die aus gleichen direkten Wahlen hervorgegangen ist, wurde seinerzeit zusammen mit dem Antrag Pachnicke debattiert, daß in jedem deutschen Staate eine aus Wahlern hervorgegangene Vertretung bestehen sollte. Wir Pachnicke waren infolge einer Erklärung des Abg. Pachnicke sehr beeindruckt; derselbe erklärte, die sozialdemokratische Fraktion würde für seinen Antrag stimmen, er vergaß aber, hinzuzufügen, daß dies nur in der dritten Ersfung geschah. Hätte er dies gesagt, so wäre eine Bemerkung nicht entfallen. Wir sagten und es kann doch gar nicht unsere Aufgabe sein, die Seelente zu unterdrücken, damit sie dann gemeinsam mit den Jungen ihre Interessen gegen uns vertreten. Wir müssen doch den Liberalen begreiflich machen, daß sie nunmehr einen Anteil an der Regierung Mecklenburg erhalten werden, wenn sie nicht mit dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zum Sänge verbunden. In der Abgeordneten Versammlung, in der Pachnicke sprach, sollte in einer Resolution die Zustimmung zur liberalen Volkswertretung-Bewegung zum Abschluß gebracht werden. Da stellte wir den Unterantrag, in dem die Anerkennung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts ausgedrückt war. Pachnicke persönlich war damit einverstanden, aber seine liberalen Freunde ließen ihn im Stich; nur wenige von ihnen unterstützten unseren Unterantrag. Man will eben das preußische Wahllohnwahlfestum. Dazu aber den Liberalen zu verhelfen, haben wir nicht den mindesten Anlaß. Wenn uns daher die Liberalen keine Konzessionen machen, dann werden die Liberalen in Mecklenburg auch nie in den Sattel kommen.

Franz Buch - Berlin: Die Ausführungen des Geschoßes Buem begogen sich nur auf die männlichen Proletarier, aber auch vorwiegend Männer werden nicht anders behandelt.

Hiermit schließt die Debatte. In seinem Schlusssorte gibt Wut in der Freude darüber Ausdruck, daß die Tätigkeit der Fraktion nicht bewirkt ist, und verspricht im Sinne der hier vorgetragenen Wünsche fortzuschreiten im Reichstage zu votieren. Außerdem begründet Kerner einen Antrag, den gedruckten Bericht über die parlamentarische Tätigkeit präsentiert. Wochen nach Schluß jeder Sitzung zu veröffentlichen. Technisch sei dies leicht durchführbar, der praktische Wert liege auf der Hand. Unsere Parteifreunde sind ja bemüht, gute Parlamentsberichte zu bringen und

dadurch agitatorisch zu wirken. Nach mehr wird das durch Einnahme meines Antrages das soll sein. Der einzige Grund dagegen ist der Umstand, daß wir die endgültigen Bitten des Staats nicht vor Mitte September bringen können. Aber hier läßt sich vielleicht ein Ausweg finden. Wir müssen den Bericht agitatorisch verwerten, denn auf See wird dem Volke nichts gescheint; dem arbeitenden Volke wird nur sein Recht zu Theil, wenn man es fürchtet, und man fürchtet es, wenn es Hoffnungswert und organisiert ist. Seien Sie mir auf dem betretenen Wege weiter zu mandeln! (Beifall.)

Der Antrag Wut in wird ohne Debatte angenommen.

Der oben mitgetheilte Antrag 118 des Geschoßes und Beeskow wird gut Debatte gestellt. Zur Begründung dieses Antrages spricht **Görke - Charlottenburg:** Es ist bedauerlich, daß überhaupt ein solcher Antrag gestellt werden möchte; der Antragsteller ist davon ausgegangen, daß der Bericht als höchste Zustand sich darüber aussprechen soll, wie die Sozialdemokratie der Gesamtumstimmungen über die Budgets sich verhalten sollen. Nicht in leichter Hinsicht richtet sich der Antrag gegen die Gemeindewertertreter, die oft in dieser Beziehung große Fehler machen. Denn nicht selten wählen die Gemeinden als Gemeindewertertreter Leute, die handelsfeindlich sind, weil das sehr häufig zu ihrer Wahl erforderlich ist, die aber oft sich gegen die Prinzipien vergerben.

Zugleich spricht **Bebel:** Ich bitte Sie,

diesen Antrag abzulehnen, er ist unannehmbar. Er muß der Partei etwas zu, was gegen die gegenwärtige Tatsit

einen Rücksicht besitzt. Weder in Gemeindewertertretern noch in Landtagsvertretungen ist es vorausgesetzt, daß die

Vertreter unserer Partei gegen sämtliche Budgets gestimmt haben. Wenn die Gemeinde als Vertreter sich bei der

Haushaltsumstimmung über das Budget entscheiden, dann

würden sie sich für unschuldig, ein Urteil abzugeben. Wir im

Reichstag haben bisher immer gegen das Budget gestimmt und damit unserer Stellung gegen den gegenwärtigen Staat Ausdruck gegeben. Daher ist die Abstimmung zu enthalten, ist unmöglich. Wie ich zu der Sache stehe, wissen Sie aus den vorjährigen Frankfurter Verhandlungen. Hier liegt ein unmögliches Antrag vor, besonders angesichts der Thatache, daß diejenigen, die damals in die Debatte verschlossen waren, durch ihre Landtags-Pläne am Erscheinen verhindert sind. Ich bitte Sie daher, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag 118 wird einstimmig abgelehnt. (Große

Heiterkeit.)

Zu einer Mittheilung erhält Singer das Wort: Die hiesige Polizeibehörde hat dem Geschoß Elternbogen von Wien die Sache erwiesen, ihn als „lästigen Ausländer“ zu betrachten. (Auflaute.) Es ist ausgesiebt worden und zwar, wie möglichst wird, mit der Begründung, daß er die internationale Sozialdemokratie hat hochleben lassen und daß er angeblich keine Legitimationspapiere hat. (Heiterkeit.) Geschoß Elternbogen hat mich beauftragt, dem Parteitag seine Klärungsgrüße zu überbringen. Wie unseresfalls können der Kreisauer Polizeibehörde nicht verweichen, sich in den Augen der Welt als diskreditieren. (Sehr richtig!) Wir können nur einen Protest dagegen erheben, daß die Verhandlungen dieses Parteitages durch die Ausweisung eines Geschoßes gestört sind. Wir wissen, daß die österreichischen Geschoß auch ohne die Würde ihres Vertreters im Geiste bei uns weiter. Die internationale Sozialdemokratie kann durch Polizeimethoden nicht besiegt werden. (Abstoßer Beifall.) Indem ich dem Parteitag Kenntnis von dieser Thatache gebe, darf ich sicher, daß der Parteitag sich dem Sinne meiner Ausführungen anschließt und mir mit dem scheinbaren Geschoß unsere Grüße an die österreichische Partei übermittelt und ich erfuhr, daß die österreichischen Geschoß auch die Versicherung zu geben, daß wie wie Schulter an Schulter mit ihnen in dem internationalen Kampfe für die Befreiung des Proletariats noch wie vor stehen werden. (Abstoßer Beifall und Handklatschen.)

Zur Geschäftsförderung beschwert sich

Karl Kiel - Berlin darüber, daß der Vorsitzende zu dem Antrag der Geschoßes und Beeskow bezügl. Abstimmung über die Budgets nur einen Redner dafür und einen Redner dagegen das Wort erhielt hat.

Vorsteher **Geißel:** Ich habe den Antrag als Geschäftsförderungs-Antrag angeschaut. Unbedingt hat ja der Parteitag durch die einstimmige Ablehnung bewiesen, welche Wichtigkeit er diesem Antrage beilegt. Die Anträge 90 bis 100 und 106 werden einzeln zur Debatte gestellt.

Franz Wöhrl - Berlin: Die Bestimmungen des bürgerlichen Sozialvertrages sind von großer Bedeutung für die Proletarier. Darauf hat Franz Zell mit großem Nachdruck aufmerksam gemacht. Ich will mir noch auf eins hinweisen. Nach dem Entwurf sollen die Alimente für uneheliche Kinder nach der sozialen Stellung der Frau bezahlt werden und nicht nach dem Vermögen des Mannes, der sich an ihr vergangen hat. Ebenso sind die unehelichen Kinder in den Bestimmungen über das Erbrecht berücksichtigt. Ich halte es für angebracht, daß die Geschoß-Verhandlungen für die Abgeordneten verantwortlich, sobald daß bürgerliche Geschäftsbuch das Parlament befähigt, damit sie über die Wichtigkeit des Gegenstandes aufgeklärt werden.

Zur Geschäftsförderung begründet

Liam - Berlin seinen Antrag, zunächst den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit zu erläutern und dann die eingegangenen Anträge der Reihe nach zu diskutieren.

Der Antrag wird ohne weitere Debatte angenommen.

Zu Antrag 90 spricht **Bebel:** Er beantragt, daß im Antrag 90 die Forderung des Minimalabwesens vom übrigen Antrage getrennt wird. Er beantragt ferner, bei jedem Antrage zugleich darüber abzustimmen, ob er der Reichstags-Faktion überwiesen werden soll oder nicht.

Der Theil des Antrages 90, der die Forderung eines Minimalabwesens enthält, wird abgelehnt; im übrigen wird der Antrag 90 angenommen und der Reichstags-Faktion zur Berücksichtigung übertragen.

Zu Antrag 91 spricht **Görke:** Da wir Gegner des Antrages waren und kein gebundenes Mandat haben, können wir auf jede Diskussion verzichten und ihn ablehnen.

Auf Antrag **Geißel's** wird der Antrag durch Übergang zur Tagessordnung erledigt.

Antrag 92 wird der Fraktion einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 93 ist das Wort „einimum“ durch „beansprucht“ ersetzt worden.

Wut in erklärt sich gegen den Antrag 96. Mit der Annahme dieses Antrages kommen wir keinen Schritt weiter. Wie wir Geschoß **Elster** zum Schriftsteller vorzuschlagen, stimmten ganze 16 Abgeordnete anderer Parteien dafür. Ob wir solche Demonstrationen wie die damalige wiederholen sollen, muß fraglich sein; was würden und wie wieder von neuem befürchten lassen, daß wir mit den anderen Parteien nur einmal nichts gemeinsam haben.

Der Antrag erledigt sich durch Übergang zur Tagessordnung.

Antrag 96 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 97 spricht **Geißel - Berlin**:

Unsere Geschoßes sind die beim Bau verhindigt gewesenen

Gießereien, Handwerker und Arbeiter für die bis dato ge

triebenen Materialien und geleistete Arbeit in zuviel zu bezahlen.

Die genannten Forderungen haben den Vorrang vor jeder

Hypothek.

Börner - Berlin hält den Antrag für überflüssig, da bereits

auf dem vorjährigen Parteitag ein Antrag gleichen Inhalts

angenommen ist.

Infolge dessen verzichtet Dr. **Urras** und **Thierbach** ihre

Antrede zurück. Damit ist Antrag 96 erledigt.

Im Antrag 96 bemerkt

Stolten - Hamburg, daß die Form eine schlechte sei, wenn

wir auch mit dem Inhalt einverstanden erklären kann. Er

beantragt deshalb, die Reichstags-Faktion zu beauftragen, eine

neue Sitzung des Antrages 96 aufzurufen.

Nach einer Befreiung der Fraktion ist der Antrag vor das Wort

„folgende“ das Wort „eine“ zu legen.

Urras - Ostwall: Der Antrag Röhlisch ist gut gemeint,

aber er leidet daran, daß er viel in ihm enthalten ist. Überweisen Sie ihn der Fraktion einfach zur Berücksichtigung! Die

Wichtigkeit der Fraktion ist nicht so groß, wie von den herrschenden

Klassen immer mehr anerkannt.

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag Stolten wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen, wodurch der Antrag Röhlisch histändig wird.

Antrag 97 begründet **Körner - Hamburg** mit dem Hinweis

, daß dadurch einer großen Anzahl Männern das Wahlrecht

geschränkt werden, das sie heute nicht haben.

Antrag 97 wird der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Zu Antrag 98 ist das Wort „einimum“ durch „beansprucht“

ersetzt worden.

Wut in erklärt sich gegen den Antrag 98. Mit der Annahme dieses Antrages kommen wir keinen Schritt weiter. Wie wir Geschoß **Elster** zum Schriftsteller vorzuschlagen, stimmten ganze 16 Abgeordnete anderer Parteien dafür. Ob wir solche Demonstrationen wie die damalige wiederholen sollen, muß fraglich sein; was würden und wie wieder von neuem befürchten lassen, daß wir mit den anderen Parteien nur einmal nichts gemeinsam haben.

Der Antrag wird erledigt durch Übergang zur Tagessordnung.

Zu Antrag 99 bemerkt **Gehrt - Bremerhaven**, daß er nicht

der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden soll, sondern die Fraktion

grundsätzlich beansprucht werden soll, sich dieses Antrages anzunehmen.

Nach einer Erwähnung, die **Geißel** mit dieser Anfrage zurücktritt. Seit Jahren hat

sich die Fraktion mit dieser Sache beschäftigt. Erst in der letzten

Sitzung hat sie über die Binnenschiffahrt viel unterschieden.

Umso mehr werden wir die Fraktionen mauch Verbesserungen angebringen. Auch jenseits werden wir mit der Seelente annehmen.

Nachdem auch **Wegener - Hamburg** sich den Ausführungen

Stoltenburg's angeschaut hat, bemerkt **Schwarze**: Aber, das

gerade er ist genauso ill, der für die Seelente völlig genauso ist und daß die gehörten Vorwürfe unbegründet sind.

Mollenbusch: Durch Annahme des Antrages wird noch

aber als Richter von Handelsgemüßen oder als Weinbauern. Er ist genauso gut als der mitteldeutsche Kleinbauer, hat höhere Lebensansprüche und trägt den Kopf höher. Sollten wir nun den noch höher stehenden Bauer ganz proletarisierten lassen, daß er von selbst zu uns kommt? Das geschieht aber nicht. Umgekehrt gerade der geweckte Bauer, der noch nicht ganz verschlafen ist, wird am ehesten für uns zu haben, hätten wir nicht bisher selbst dazu geholfen, ihm das Vertrauen zu uns als Kulturreparat betriebe förmlich zu nehmen. Wir betrügeln uns in allen politischen und gewerblichen Fragen als die Partei des Fortschritts, aber nie den Fortschritt auf dem Lande haben wir keine Rücksicht. Und doch warten unsfer auch auf dem Lande tausend Schmerzen der kleinen und unterdrückten.

Auf dem Lande macht der große Besitz alles und verbündet alles. Das ganze Arbeiterrrecht auf dem Lande ist mit Besitzende-Ordnungen, politischem Rücklehrzwang und ähnlichem auf das brutale Unternehmer-Interesse des Großbauern und Großgrundbesitzes zugeschnitten, während der Kleinbauer nicht das geringste Interesse an der Erhaltung dieser Grundrechte hat. Der Bodenkredit, die landwirtschaftliche Verschärfung, die Geld- und Thierpolizei, alles ist zu gunsten der Großen organisiert, und die Unsummen von Verditterung, die sich aus diesen Verhältnissen bei den Bauern naturgemäß ergeben, führen mir nicht auszuhalten für das Hintentragen sozialistischer Gedanken, womit wir gleichzeitig große Kulturszene fördern können? Auf diese Frage erwiedere ich folgendes: die Fülle von revolutionärer Kraft und Einstellung, welche so zahlreiche Resolutionen der Genossen zum Agrarprogramm befunden, ist auch von uns mit Genugtuung begrüßt worden. Unsere Parteidurchsetzung als sozialdemokratische Partei steht und füllt damit, ob wir unerschütterlich wie bisher daran festhalten. Die wirtschaftliche Entwicklung drängt von selbst zur Abschaffung des Privateigentums an jeder Art ausbeutenden Kapital; das Fortschreiten der Kultur kann nur verhindert werden dadurch, daß wir jene Entwicklung unterstützen, daß wir auf die Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung mit hinzuwirken helfen, welche keine kapitalistische Ausbeutung mehr kennt, weil die Besitzer der Produktionsmittel und die mit denselben arbeitenden derselben geworden sind: Das freie Volk. Darin sind wir alle einig.

worben sind: Das jetzt Wollt, kann und wir alle einig.
Über der Weg zu diesem schönen Ziel ist schwierig, er führt mittler durch das Blüten der heutigen Wirtschaft, auf ihrem Boden müssen wir den Endgipfel vorbereiten, wir können sie nicht überspringen. Und darin liegt das Zweckspätige jeder Art unserer Tätigkeit, nicht bloß der Landtagsstaatschefs: daß wir ein riesenhaftes Kulturgut deutlich sichtbar vor unseren Augen haben, eine Umwidmung der Eigentumsbegriffe sicher kommen sehen und vorbereiten, dabei aber mit den überlieferter bestehenden Verhältnissen rechnen und uns an diesen fortwährend richten müssen. Die Frage steht also nicht so, Revolution oder Reform, Umwidmung oder Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, sondern Umwidmung und Reform, Revolution und Verbesserung der bestehenden Verhältnisse, aber nur diejenige Verbesserung, welche die spätere Umwidmung vorbereitet, sie nicht etwa verträgt oder hemmt, wie ferner fortwährend an der wirtschaftlichen Entwicklung mit, wie wir auch an der politischen arbeiten. Es gibt unter den bestehenden Verhältnissen großer revolutionäre Thätigkeit für uns: daß Revolutionären der Kopf und daß Revolutionären der Dinge, d. h. die allmäßige Beeinflussung und Umformung der wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen durch unsere Teilnahme an der praktischen Politik. Daß wir uns jetzt darüber freuen, ob dasselbe auch für die Landwirtschaft zu thun sei, hängt unter anderem mit gewissen Eindrücken des Augenblick zusammen, unter denen wir jetzt stehen. Die Fürsorge für die Landwirtschaft ist im preußisch-deutschen Judentum heute lediglich ein demagogisches Schlagwort der reaktionären Parteien geworden, hinter dem sich die krasseste Interessengewalt der herrschenden Großgrundbesitzerklasse verbirgt. Und dieser politischen Konstellation hat die ganze Agrarpolitik, auch diejenige im Sinne der Kulturrevolution, einen so üblen Geschmack abbekommen, daß sich heute ein anständiger Mensch schämt, Agrarpolitiker zu heißen. Demgegenüber haben wir Sozialdemokraten nun die hohe und bedeutsame geschichtliche Aufgabe, eine von lauter und weitwichtigen Kulturbürgern geleistete Agrarpolitik wieder zu Ehren zu bringen. Um die Wette dieses Jahrhunderts, als Thaer, Liebig u. a. wirkten, gab es noch eine Zeit, wo Agrarier und Reaktionäre, Landeskultus und jüdische Interessengewalt und Wahlkraft noch nicht zwei Worte für denselben Begriff waren. An diese Ueberlebenskraft haben wir wieder anzuschließen. Es wäre tragisch um den Sozialismus als Weltanschauung und politischer Richtung bestellt, wenn er nicht auch auf dem Webstuhl des Landbaus und der Ackerbau-Politik sich schöpferisch und kulturfördernd betätigte, und für den bloß die Frage entscheidend wäre; ob wir auf dem Lande augenblickliche Wahlerfolge erzielen oder nicht. Wir arbeiten doch nicht um die Gewinnung von ein paar hunderttausend Stimmen mit allen Mitteln wie die Judent, sondern um die Zukunft der Menschheit, die doch auch ein bisschen von der Zukunft der Landwirtschaft abhängt. Das haben zum Beispiel neue Menschen eines in der Umgegend von Berlin liegenden Wahlkreises vergessen bei folgendem sonder-

beren Agrar-Enquete: Sie zählten in bestimmten Kreisen die Stimmen, auf die wir seitens der Landbevölkerung rechnen könnten, und daneben diejenigen der Beamten, Handwerker, Arbeiter, und daß die letzteren in der Mehrheit waren, sagten sie, wie brauchen sein Agrarprogramm (Heiterkeit). Ich meine zwar nicht wie Hollmar, daß wir die Industrie-Arbeiter bereits willkommen gewonnen hätten, aber ich fand auch nicht in den Ruf einstimmen: bleiben wir hübsch in den städtischen Versammlungsräumen! Noch eins kommt hinzu: Es handelt sich um denjenigen Zweig der Volkswirtschaft, der entscheidend bei der Beantwortung der Bogenfrage mischtzt. Es kann uns als Sozialisten durchaus nicht gleichgültig sein, ob die Produktion von Brot in preußischgebliebenen Betriebsformen geschieht oder nicht. Hierher gehören diejenigen unserer Forderungen, die Staatsmittel für Gemeinden oder Verbände zur Bodenverbesserung, Wasserbau u. dgl. verlangen. Dagegen wurde uns vorgeworfen, wir verlangten Mittel aus dem allgemeinen Söldel zur Erhöhung des Grundwertes. Ja, wer Landeskultur treibt, der giebt Mittel für die Erhöhung des Grundwertes, ebenso wie derjenige, welcher Mittel zu Eisenbahnen, Kanälen und ähnlichem benötigt. Wählt sich aber das unter den bestehenden Verhältnissen überhaupt vermessen? Wählen wir uns denn nicht von jeder Art positiver Arbeit unter dem Regime des Kapitalismus zurückziehen? In Weislichkeit verlangen wir auch vom beständigen Staate, daß er Kulturaufgaben erfüllen soll. Wir halten beständig dem Willkürthalt vor, wiewiel er für unproduktive Zwecke zum Gestier hinauswirkt und was er für produktive ihm sollte. Unsere Abgeordneten haben im Reichstage wiederholt davon gesprochen, daß die Aufwirtschaftung der Moore, der Hafentreides u. s. w. durch Staatsmittel eine Aufgabe des heutigen Staates sei, wenn er Kulturstadt bleiben wolle. In Übereinstimmung damit sagt Engels, daß die materiellen Opfer, die in diesem Sinne im Interesse der Bauern aus öffentlichen Mitteln zu bringen sind, eine vorzühlige Anlage seien. Doch wir solche Mittel nur für die Landwirtschaft verlangen, erklärt sich daraus, daß wir es zunächst nur mit einem Landprogramm zu thun haben. Unsere Thätigkeit auf anderem Gebiete wird nicht gehemmt, sondern angestoppt, wenn wir jetzt für die Landeskultur im Interesse der Gasse eintreten und Staatsmittel bewilligt haben wollen für das, was bis jetzt einfach gründgestellt ist, weil es nicht gleich in greifbaren Summen in die Taschen der Großgrundbesitzer fließt, weil es Vorlagen sind, welche die Gesellschaft zu gunsten der besseren technischen und sozialen Entwicklung des Landwirtschaftsbetriebes machen soll, dann find wir doch nicht reaktionär, sondern kulturfördernd und revolutionär.

„Günbern, daß diejenigen Mittel zu kulturfremden Zwecken gegen uns eingesetzt werden. Doch lassen wir das. Gnade“

Sweeden verwendbat werden, die wir für die friedliche Sammelkultur festlegten. Deshalb sind ja die jetzigen Machthaber mehr so schwer für Friedliche Kulturaufgaben zu haben, weil sie fürchten, daß ihnen etwas entgeht, wodurch sie ihre Gewaltmittel hätten könnten.

Vorschläge beschaffen sein müssen, um als sozialistisch zu gelten. Bei der Verberatung des Erfurter Programms verlangte Rautenkampf, daß die Sozialdemokratie nichts unterstelle, was im Gegensatz zu den Interessen des Proletariats als Klasse steht. Er fügte hinzu, daß als revolutionäre Klasse in der heutigen Gesellschaft die Arbeitersklasse die einzige ist, deren Interessen überall zusammenfallen mit denen des Fortschritts der Gesellschaft. Es läßt sich leicht nachweisen, daß die meisten unserer Vorschlagsvorschläge in der Richtung des Fortschritts der Gesellschaft liegen, alle in der Richtung des proletarischen Interesses liegen. Auch die Schlusshälfte der bekannten beiden Artikel von Seelby in "Vorwärts", die unsere Absichten bei Abfassung des Vierjahresprogramms vorsichtig erläutern und die von jedem Mitglied der Vierjahrskommission unterschrieben werden, stimmen mit der Forderung von Rautenkampf überein. Wir sind also von ganz denselben Gedanken ausgegangen, wie gegen auch zahlreiche Genossen zu unseren Arbeiten herbei und halten ihnen auch nicht einen Buhstab von dem gehemmt, was uns vorlag. Und gerade die Südbayrischen, die am meisten gehafst haben sollen, haben in der zweiten Hälfte unserer Arbeiten wegen Vollmar's Erkrankung gerade ungelehrte eine Verlangsamung und Hinausschiebung der Beschlussoffnung gewünscht.

Nach dieser Erledigung der Neuerlichkeiten kommen wir zur Abgrundsfrage in Verbindung mit unseren Vorstellungen. Wir hatten eine Generalkritik und eine Spezialkritik. In der letzteren hatte ich eine eingehende Begründung für jeden Punkt zu geben. Jetzt will ich Ihnen die Gesammtauschauung darlegen, von der wir ausgegangen sind. Ich glaube, Ihrer Auffassung und auch der des gründlichen Kritikers, des Geistesmannes Rautenkranz, zu genügen, wenn ich zunächst Klarheit schaffe über die Grundlage in unserer Partei über die Landsfrage. Da ist uns nun als Hauptfrage die folgende entgegengeworfen worden: Resolution oder Befehl?

halten wir unsere Vorschläge als gefordertes Wahlprogramm vorliegt, als Grundlage für eine Parteidroschke, für unsere Tätigkeit auf dem Lande, so wäre ein guter Theil der grundlegenden Erwartungen nicht gemacht worden, die in den Debatten auftauchten. Formuliert müssen solche Forderungen für die praktische Tätigkeit unserer Partei auf dem Lande werden, wenn wir nicht auch die nationale und internationale Einheit der Bevölkerung gefährden wollen. Nebst verweist auf das französische Agrarprogramm, auf das belgische, italienische und österreichische. Nach der Auffassung der Gegner müsste Vorschläge gäbe es beinahe in der ganzen internationalen Sozialdemokratie keine Prinzipien mehr, ausgenommen natürlich bei unseren deutschen Agrarmannschaftsgewerben. Mit dem Radikalismus in Worten allein ist nicht gethan. Noch mehr in zahlreichen Flugblättern, die die deutschen Genossen seit Jahren in ländlichen Wehrten für die Wahlen verbreitet haben, werden ähnliche Forderungen wie jetzt von uns aufgestellt. Dieser erinnert an eine heftige Parteidroschke, an die badischen, bayerischen und württembergischen Landtags-Programme der Sozialdemokratie. Auch zahlreiche norddeutsche und preußische Genossen sind uns mit gutes Beispiel vorgegangen; aus dem sächsischen Landtag hoffe ich in der Debatte einige recht artige Proben sozialistischer Agrarpolitik vorzulegen. Die Notwendigkeit, positive Agrarpolitik zu treiben, hat sich aber längst praktisch durchgesetzt. Das ist aber wieder ein Beweis dafür, daß wir eine allgemeine Richtschnur brauchen. Unser Thun und Dienen soll ein bewußtes sein. Wir müssen unsere Genossen in den Landwirten und Gemeindewirten jenen gewisse Einhaltungspunkte für ihre agrarpolitische Tätigkeit bieten. Die Einheitlichkeit unserer Partei verlangt gelehrterisch die Festlegung agrarpolitischer Grundlinien.rade wir wollen „Stagnationen“ in den kleinen Vertretungskörpers verhindern müssen; die Gegner eines einheitlichen Agrarprogramms aber können ihnen Thut und Thor. Der Agrarkommission liegt nichts leichter als Rechthaberei oder Gutsdasein über die Aufnahme ihrer Vorschläge. Wir sind sicher mit Ihnen darin völlig einig! Ein Wahlprogramm, das gegen den Willen auch nur einer ethischen Minorität der Partei durchgesetzt würde, hätte gar keinen Werth für unsre Sache. Wer aber nicht hinzulernen will, sieht diesigen, welche lernen wollen, von sich ab und gefährdet die Einigkeit. Wir sind überzeugt, so gut wie wir bisher gekommen sind, um zu lernen, werden auch Sie sich unseren Gründen, wo sie sich als gut erweisen, nicht verschieben. Seit Jahrtausenden wird von den Menschen in den ältesten Schriften die Erde als Urquelle menschlichen Glückes bezeichnet. Möge sich diese Urfest der Mutter Erde auch an unserer Partei bekräftigen, wie an jenem sagenhaften Riesen, der so oft neue Kraft gewann, als er den Boden berührte. Das ist unser aller Wunsch. Durch unsere Arbeiten in der Agrarfrage und für die Landagituation soll unsere Partei nicht walter und unerschöpfer, sondern immer mehr faßhaftig und revolutionär im besten Sinne des Wortes gemacht werden. (Beifall.)

Folgende Resolution wurde eingereicht: Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarpolitischen Programms ist zu verwirten, denn dies Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Sicherung ihres Privateigentums in Aussicht und trägt dadurch bei zur Neuordnung ihres Eigentums. Fanatismus. Es erklärt das Interesse der Landesbevölkerung in der heutigen Gesellschaftsordnung für ein Interesse des Proletariats, und doch ist das Interesse der Landesbevölkerung ebenso wie das Interesse der Industrie unter der Herrschaft des Privateigentums am den Produktionsmitteln ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Aufzüchter des Proletariats. Ferner weist der Entwurf des Agrarpolitischen Programms dem Aufzüchterhof neue Wachtmittel zu und erschwert dadurch den Klassenkampf des Proletariats; und endlich stellt dieser Entwurf dem kapitalistischen Staat Aufgaben, die nur ein Staatswesen ethisch zur Durchführung bringen kann, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat. Der Parteitag erkennt an, daß die Landwirtschaft ihre eigentümlichen, von denen der Industrie verschiedenen, Gesetze hat, die zu studiren und zu beachten sind, wenn die Sozialdemokratie auf dem sochen Land eine gediehene Wirtschaft entfalten soll. Er beansprucht daher den Parteivorstand, er möge unter Berücksichtigung der bereits von der Agrarkommission gegebenen Vorestellungen eine Anzahl geeigneter Personen mit der Ausgabe betrauen, daß über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums in einer Reihe von Abhandlungen zu veröffentlichen, als Sammlung agrarpolitischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Parteivorstand erhält Vollmacht, die nötigen Geldauswendungen zu machen, um den mit dem erlaubten Arbeitens betrauten Menschen die Erfüllung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

die Erhaltung ihrer Arbeit zu ermöglichen.

Karl Raabky, Maria Berlin, Irone, Fischer-Dresden, Wegler-Dresden, Schippel, Ritscher-Berlin, Pionnark, Eichhorn-Dresden, Nele-Hamburg, Ludwig Klemm-Hamburg 3, Gerhard-Wangen, Elmon-Teppe, Michael, Hans-Bloch-Dortmund, Otto Hue-Rieger-Münz, Einger, Tuer, Gorisch, Haug, Vogt-König, Karl-Roh, Stachanow.

Es folgt die Wahl der Steuermannkommission. 210 Stimmenzettel sind abgegeben worden, davon sind 2 ungültig, 18 gesplittet.

Gemäßt sind: Kloß, Herbert, Tablen, Buchwald, Zille, Höster, Antrich, Nechren, Rauch.

Die Steuermannkommission konstituiert sich.

Als 2. Berichterstatter zum Regierungsprogramm-Entwurf spricht Schippel: Werthe Parteigenossen! Sie werden mit selbst zugefügten, das Quardt's Heimat zum Theil recht persönlicher Natur und Sprachweise nicht erfreut sein. Das führt zu dem

dass schien Quandt wichtig zu sein, dass die Gegner viel über die vorliegende Wissensgegenwart geschriften hatten, so der damalige Landwirtschaftsminister u. a. Die angeführten Beispiele solcher Neuerungen aber bezogen sich auf das, was vor der Veröffentlichung des Entwurfs geschahen war. Dass die Gegner den Programmumentwurf möglichst kritisiert hätten, ist mir nicht bewusst. Die Gegner haben aber auch von dem Programm nichts zu fürchten. Das ganze Agrarprogramm ist weiter nichts als eine Übernahme von Veränderungen aus anderen Programmen, so zum Theil aus den schlechtesten agrarischen und antisemitischen Programmen. Ist es richtig, wenn man sagt, dass die Gegner der Entwürfe ausnahmslos Benennen waren, die die Bedeutung der Agrarfrage unterschätzten? Richtig! hat am frühesten kritisch-festlerisch die Sache bearbeitet, freilich ebenfalls in einem Sinne, dass seine damaligen Ansichten denen Quandts sehr nahe lagen. Die energischsten Zurückweisungen des Entwurfs kamen von Leuten, die in der Landdagitation das meiste geleistet haben. Ich selber bin auch Agrarier gewesen. Ich bin aus einer kleinen Beamtenfamilie hervorgegangen und habe studiert zu einer Zeit, als die erste große Agrarbewegung herauertat, ich bin ein Schüler von Rodbertus. Wir halten damals eine glänzende agrarische Schriftstellerin, Borch u. Stein, Schäffle, Breitano, Rehland u. a. arbeiteten damals an dieser Frage, jetzt ist das anders. Da begann die erste Lebensmittelkrise, die große Hungert, dass es aus sein würde mit der Bauernschaft. Wir waren damals noch halbsozialistisch, es ging gegen das Kapital, die Kritik war glänzend. Später habe auch ich die Kritik kritisch-festlerisch bearbeitet.

Quand verlangt, daß man mit der Kommunikation ein menschliches Wöhren haben sollte. Ich möchte lieber ein menschliches Wöhren damit haben, daß ich so viele gute alte Parteigenossen mit dem im Cultur enthaltenen Quandalfersien behaupten habe. Die z. B. aus Reichshaberei gestellten Forderungen sind durch nichts zu widerheiligen. Wenn wir als die Weiberpartei diese Forderungen annehmen, dann verstärken wir nur die Position der Gegner. Wenn wir den Cultur darauf ansehen, was die Gegner dazu sagen werden, werden wir sehen, daß wir die in dem Entwurf liegenden Tendenzen nie vertreten können.

Die unbedeckte Waldbewirtschaftung des Wald- und Weide-
rechts ist das erste. Mancher Bauer freilich lebt mit von diesen
Rechten. Er holt Raub und Streit, der Staat oder die Gemeinde
liefern ihm Brenn- und Bauholz. Freilich: auf der einen Seite
haben wir da den armen Kleinbauer, auf der anderen den reichen
Staat, und doch ist es vielleicht sehr falsch, hier dem Kleinen
gegen den Großen zuwenden. Wechselseitig wollen wir die Be-
besitzung der Wald- und Weiderichte? Im Interesse der Bauen! Hat
doch auch der große Grundherr auf bauerlichem Boden solche Rechte;
auch der Grundherr treibt seine Schafe und Rüde auf die Weide.
Wie stellen wir uns da? Hat sich die Kommission darum
gekümmert, ob nicht auch die Weiderichte der Grund-
herren bestätigt sind? Hat sie das nicht gethan, dann
scheien wir vor der Forderung: bis in alle Ewigkeit müssen die
noch bestehenden Weiderichte der Grundherren und Bauern be-
scheiden. Über der Waldbesitzer, der Staat, hat ein großes
Interesse daran, daß der Wald nicht vernichtet wird. Der Staat
muß oft als Brennholz Holz schlagen lassen, daß weit besser und
billiger als Bauholz verwandt würde, weil die Bauern nun
einmal das Recht haben, Brennholz zu holen. Nehmlich
liegt es mit dem Harzscharen. Hat jemand einen Vorbehalt davon,
daß die Bauern die Bäume ausbrechen, wenn sie auch ein Recht
dazu haben? Mit der modernen Forstwirtschaft vereinigt sich
das Harzscharen durchaus nicht. Werner die Laubsteine; freilich
können die Bauern ohne sie nicht mehr bestehen, aber es
ist auch Thalische, daß z. B. in Tirol ganze
Wälder, durch die Ausreichterhaltung dieses Rechtes zu
grunde gegangen sind. Wie Rechte sind schäßliche
Institutionen geworden. Sollen wir sie da erlassen? Werner,
wie haben z. B. im Saeflacht ungemeine Rechte der Bauern ge-
habet. Nun sind die Gemeinden geradshin: damit werden die
Wald- und Weiderichte immer schäßlicher für das Bestehen der
Wälder, werden also kultivoidrig. Im Interesse der Wälder

müssen wir dagegen aufstreben. Über die Aufrechterhaltung dieser alten Rechte ist nicht ein Rückschritt überhaupt, sondern liegt auch nicht einmal im Interesse der Bauern selbst. Wenn z. B. der Bauer statt seines früheren hölzernen Stalles einen steinernen haben will, so rächt ihm das Waldrecht nichts mehr. Holz bekommt er nur zu Schindeldächern, hölzernen Gefäßen und Türen. Er hat also, wenn er besser als vorher bauen will, ein Interesse an der Ablösung dieser Rechte. Die als Ablösung geschafften Kapitalien sind gar nicht unbedeutend; sie ermöglichen es ihm, auf eine höhere Betriebsstufe zu kommen, während das Festhalten an den Wald- und Weiderechten einen Rückschritt bedeutet. Wir können den Bauern nicht alles geben; sie verlangen am Ende Sonne, Mond und Sterne. Wollmar selbst hat in der vorigen Sesslon des hessischen Landtages erklärt, daß die kultivierende Aufrechterhaltung der Wald- und Weiderechte falsch sei und daß die Ablösung dieser Rechte oft nützlich sein kann. (Hört, hört!) Der Werth der Waldstreu ist vielleicht nur eingeschätzt, nicht immer berechtigt im Interesse der Landwirtschaft. Das Interesse der Forst- und Landwirtschaft ist ein höheres, als daß

der einzelnen Bauern. Also auch Vollmar war davon überzeugt, und die bayerischen Bauern haben selbst die Forderungen fallen lassen, weil sie faltunwidrig sind. Das Wald- und Weiderecht eingehen, ist eine historische Nachwendigkeit. Heute liegen sie vielfach nur noch im Interesse der großen und reichen Bauern, während die kleinen mit ihrem Gelde auch die dazu gehörigen Rechte verloren haben. So hat auch die in der Gemeinde hervorgetretene Differenzierung die alten gleichen Rechte zu ungleichen gemacht. Sollen wir denn aber für die reichen Bauern kämpfen, für die Privilegien einiger? Wir haben freilich für die armen Leute immer ein warmes Herz, aber es wäre ehrgeizig, wollten wir hier für sie eintreten, die gemeinen und wichtigeren Interessen aber außer Acht lassen. Das Interesse der Forst- und Landwirtschaft ist ein höheres als das der einzelnen Bauern. Auch Vollmar war davon überzeugt und die bayerischen Bauern haben selbst die Forderungen fallen lassen, weil sie zu faltunwidrig sind. Das Wald- und Weiderecht eingehen, ist eine historische Nachwendigkeit. Heute liegen sie vielfach nur noch im Interesse der großen und reichen Bauern, während die kleinen mit ihrem Gelde auch die dazu gehörigen Rechte verloren haben. So hat auch die in der Gemeinde hervorgetretene Differenzierung die alten gleichen Rechte zu ungleichen gemacht. Sollen wir denn aber, für die Rechte der reichen Bauern kämpfen, für die Privilegien einiger weniger? Wir haben freilich für die armen Leute immer ein warmes Herz, aber es wäre ehrgeizig wollten wir hier für sie eintreten und dabei die gemeinen und wichtigeren Interessen aber außer Acht lassen. Darüber, daß die kleinen Leute oft Grund haben, auf Waldung zu dringen, kann gar kein Zweifel bestehen. Da sie zu oft gequält würden, erfonnen ich ein Mittel, die Preßrechten zu verhindern, und ich will gern darauf eingehen. Wohin das führt, wenn die Verhinderung zunimmt, aber die Weiden gleich bleiben, das feben Sie z. B. auf einer aus Bernaußang der bairischen Regierung veröffentlichten Querette über die Zustände im Schwarzwald. Danach sind hent die Waldber dott vollständig versohnt, so dañ die Bauern daraus bringen, daß die Aufrechterhaltung des Weiderechtes verschärft wird. Bei solcher Sadlage sollte man doch nicht mit beiden kleinen Ichthilfning in die Forderung springen und unbeschränkte Aufrechterhaltung der bestehenden Rechte verlangen, denn diese Rechte sind Missbraüche; sagen wir aber nicht „unbefriedigt“, sondern etwa mögliche unbeschränkte Aufrechterhaltung oder dergleichen, so sagen wir

18-11-2020 10:30:30